



**Jessica Tatti**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Jessica Tatti MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Inge Hannemann

Berlin, 17.05.2019

Bezug:

Anlagen:

**Jessica Tatti, MdB**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-79045

Fax: +49 30 227-70048

jessica.tatti@bundestag.de

**Wahlkreisbüro**

Karlstraße 16, 72764 Reutlingen

Telefon: +49 7121-550991

jessica.tatti.wk@bundestag.de

Sprecherin für Arbeit 4.0  
der Fraktion Die LINKE

Ordentliches Mitglied im Ausschuss  
für Arbeit und Soziales

Stellv. Mitglied im Ausschuss für  
Wirtschaft und Energie

Stellv. Mitglied im Ausschuss für  
Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung  
und Kommunen

Ordentliches Mitglied in der  
Enquete-Kommission  
Künstliche Intelligenz -  
Gesellschaftliche Verantwortung und  
wirtschaftliche Potenziale“

**Bericht der Bundesregierung zu fingierten Stellenanzeigen und eventuellem Datendiebstahl auf der Online-Jobbörse der Bundesagentur für Arbeit, Sitzung des Ausschusses Arbeit und Soziales im Deutschen Bundestag am 15. Mai 2019**

Liebe Inge,

ich berichte sehr gerne über die Ergebnisse der  
Berichterstattung im Ausschuss am Mittwoch.

Als Berichterstatter waren Staatssekretärin im BMAS  
Kerstin Griese und der Generalbevollmächtigte für IT  
der Bundesagentur für Arbeit (BA), Dr. Markus Schmitz  
anwesend.

Beide beteuerten, den kriminellen Datenhandel sehr  
ernst zu nehmen. Demnach habe die BA noch am  
gleichen Tag der Berichterstattung des SWR reagiert und  
begonnen, den Fall und ihre Fehler zu analysieren und  
erste Anbieter zu sperren. Darüber hinaus habe die BA  
den Bundesdatenschutzbeauftragten über den Vorfall  
informiert und Strafanzeige erstattet.

Bis zum Tag der Berichterstattung wurden zwölf An-  
bieter gesperrt. Die BA geht davon aus, dass durchaus  
weitere Sperrungen erfolgen können. Insgesamt wären  
bis zum derzeitigen Zeitpunkt 120.000 Stellen  
beziehungsweise 32.000 Stellenanzeigen betroffen.  
Sämtliche dieser Stellenanzeigen wurden von privaten  
Arbeitsvermittlern als „unbetreute“ Stellen eingestellt.

Da die Stellenangebote „unbetreut“ waren, schloss die  
BA aus, dass Arbeitsuchende sich unter Sanktionsan-  
drohung auf die diese Stellen bewerben mussten. Das  
wäre technisch ausgeschlossen.



Allerdings seien die betroffenen Personen laut BA nicht persönlich über den Datendiebstahl informiert worden. Weiter gab die BA an, das Jobbörse-Portal verbessern zu wollen, um das Missbrauchsrisiko in Zukunft zu minimieren. Bestehende Algorithmen sollen weiterentwickelt werden, um Betrüger besser identifizieren zu können. Künftig sollen dabei stärker quantitative Aspekte berücksichtigt werden. Derzeit erfolge die Kontrolle in erster Linie nach offensichtlichen Verstößen gegen die Nutzungsbedingungen. Auch wolle die BA ihre AGBs noch einmal überarbeiten. Eine Aufstockung von Personal zur manuellen Kontrolle konnte noch nicht bestätigt werden, das hänge von den Verbesserungsmöglichkeiten der technisch-automatisierten Kontrollen ab.

Die Bundesregierung und die BA betonten, den Vorfall vollständig aufklären zu wollen und kündigten an, zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal den Sachstand im Ausschuss berichten zu wollen.

Es gab durch die Oppositionsbank hinweg scharfe Kritik daran, dass der Missbrauch erst nach der Berichterstattung des SWR überhaupt ernst genommen wurde. Die ersten Datendiebstähle sind seit 2009 bekannt. Zuvor wurden Hinweise bekanntermaßen abgewiegelt. Ein weiterer Kritikpunkt von LINKEN, Grünen und FDP war die mangelnde Transparenz auf dem Jobbörse-Stellenportal. So ist für Arbeitsuchende nicht erkennbar, ob Stellenangebote betreut oder unbetreut sind. Die BA gab an, derzeit zu prüfen, ob eine entsprechende Kennzeichnung vorzunehmen sei, oder ob unbetreute Stellenangebote, z. B. von privaten Arbeitsvermittlern, herausgefiltert werden sollten.

Mein Eindruck war, dass das Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie die BA die Vorkommnisse sehr ernst nehmen. Ich hoffe, dass das auch so bleibt, wenn die mediale Aufmerksamkeit nachlässt. Positiv war auch, dass ein Vertreter der Bundesagentur für Arbeit anwesend war. Unangemessen dagegen war, dass Kollegen der Koalition meinten, die Bundesagentur für Arbeit vor unangenehmen Fragen in Schutz nehmen zu müssen. Wir finden, dass endlich die Nutzer\*innen in Schutz genommen werden müssen!

Wir von der Fraktion DIE LINKE erwarten, dass alle erkennbaren Sicherheitslücken in den Angeboten der Bundesagentur für Arbeit geschlossen werden und dass die BA alles in ihrer Macht stehende tut, um die Jobbörse sicher zu machen. Ein bereits kurzfristig möglicher Schritt wäre, den Nutzer\*innen zumindest kenntlich zu machen, welche Stellenanzeigen überprüft wurden und welche nicht.

Unverständlich ist, warum die Betroffenen noch nicht über mögliche Datendiebstähle informiert wurden. Dies könnte beispielweise durch eine Information über die Jobbörse geschehen. Auch eine ehrliche Entschuldigung wäre ein guter Anfang.

Liebe Inge, wie Du weißt, hatte ich bereits letzte Woche einen Brief an Minister Heil und BA-Chef Scheele geschickt. Darin habe ich um umfassende Aufklärung und auch um Stellungnahme zu Deinen Forderungen aus der Petition gebeten. Wir bleiben dran, denn hier sind die BA und die Bundesregierung klar in der Pflicht!

Mit freundlichen Grüßen